

Volkswacht

für Schlesien

Anzeigenpreis: Je Millimeter für sechs Wochen aus Schlesien 1. — M., auswärts 1.50 M. Einzelzeilen unter 10 W. 50 M., 10-20 W. 1.00 M., 20-30 W. 1.50 M., 30-40 W. 2.00 M., 40-50 W. 2.50 M., 50-60 W. 3.00 M., 60-70 W. 3.50 M., 70-80 W. 4.00 M., 80-90 W. 4.50 M., 90-100 W. 5.00 M. ...

Organ für die werktätige Bevölkerung

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141. Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und in der Beilage der „Volkswacht“, Neue Grapenstraße Nr. 5, durch die Zweigstelle, Zigarengeschäft K e i t z e l, Ratibühlstraße 144, sowie durch alle Buchhändler zu beziehen. Wöchentlich 5.20 M., monatlich 22.50 M., vierteljährlich 67.50 M.

Abrechnung mit dem Landbund-Patriotismus.

Der Brief des „nationalen“ Landbündlers.

Ober-ürg-Januschau an Minister Voebell.

Breslau, den 12. 4. 1922

Lehrer für alle Franzosen!

Im Laufe der Jahre, auf welche wir uns beziehen, sind wir in der Lage gewesen, die Interessen der Arbeiterbewegung zu vertreten und die Interessen der Bauernbewegung zu vertreten. ...

[Handwritten signature and notes]

(vgl. die Reichstagsrede des Genossen Stämpfer).

Die Völkerverbündlungsdelegierten in OS.

Besten vormittag fand in der Nationalen Bauernschule, dem Hauptgebäude der jetzigen Volkswirtschaft, die feierliche Einweihung Calenders als Präsidenten der gemischten Kommission statt. ...

Aus Oberschlesien wird gemeldet, daß der Zusammenstoß zwischen der deutschen und der polnischen Regierung ...

Zur Gründung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes

Schreibt uns ein Mitbegründer: Auf dem für die deutsche Arbeiterbewegung historischen Boden in Leipzig, wo im Jahre 1863 unter Beteiligung von nur 11 Delegierten die Gründung der sozialdemokratischen Partei erfolgte, trat am 19. Juni eine Wendung im Schicksal der deutschen Beamtenbewegung ein. ...

Der Gründung des neuen Beamtenbundes ging eine geschichtliche Zeit voraus. Zunächst dem Deutschen Eisenbahnerverband (497 000 Mitglieder) und der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahner (220 000 Mitglieder) wurde eine Vereinbarung getroffen, die beide Verbände verpflichtete, die gegenseitigen Angriffe in Wort und Schrift einzustellen. ...

Die in der Gründungsversammlung beschlossenen vorläufigen Satzungen des A.D.B. enthalten folgende richtungswesentliche Sätze: Der Bund ist religiös und parteipolitisch neutral. Die angeschlossenen Verbände sind zur Wahrung dieses Grundgesetzes gehalten; sie sind verpflichtet, jede parteipolitische und religiöse Ueberzeugung in ihren Mitgliederkreisen zurückzuführen zu lassen. ...

Der Bund und die ihm angeschlossenen Verbände stehen auf dem Boden des uneingeschränkten Koalitionsrechts, das auch die Arbeitsverweigerung nach Erschöpfung aller Verhandlungsmöglichkeiten in sich schließt. ...

Poincaré will England Konzessionen im Orient machen.

Das „Echo National“ meldet aus London: Poincaré zeigte sich grundsätzlich einer Revision des Abkommens von Angora im Laufe der Unterredung mit Lloyd George günstig. Er erklärte aus freien Stücken, es sei kein Grund, die letzten etwajährigen Zwangsmaßnahmen gegenüber Deutschland treffen zu wollen, bevor er sich mit Lloyd George unterhalten habe. ...

Der englische Seeräuber Wilson verurteilt.

Der Seeräuber Sir James Wilson ist heute nachmittags auf seinem Schiff bei London von zwei Kreuzern ergriffen worden. Die beiden Kreuzer wurden nach weiteren Maßnahmen verhaftet und als Leiche in den Atlantik geworfen. ...

Der Senat im Ägypten ...

Faschismus und sozialistischer Parteikonflikt in Italien.

Aus Rom schreibt uns unsere ständige Mitarbeiterin: Der Chefredakteur des konservativ-nationalistischen „Giornale d'Italia“ soll dieser Tage in einem Café zum Kriegsminister gesagt haben: „Dein Heer ist nur ein Kadaver. Wenn wir die Faschisten nicht hätten, würde sich die Bourgeoisie nicht retten können. Sie allein werden uns zur Diktatur verhelfen.“ ...

Die Nationalisten und Faschisten machen gar kein Geheimnis daraus, daß sie einer Militärdiktatur zustreben. Von Zeit zu Zeit werden in Rom Manifestationen angehängt, in denen die römischen Faschisten, die ein ganz besonders junger und zarter Nachwuchs sind, zu Kundgebungen vor dem Parlament einladen, die die Diktatur einleiten sollen. ...

Und dieselbe Ueberzeugung von der Machtlosigkeit der Regierung besteht auch in den Kreisen anderer Parteien. Die Regierung ist nicht imstande, die Anwendung der Gesetze zu gewährleisten. Wenn die Konservativen und die Nationalisten meinen, die Regierung vermag es heute nicht, ohne die Faschisten fertig zu werden, so meint die sozialistische Partei, daß die Regierung nicht fähig sei, mit den Faschisten fertig zu werden. ...

Sieht man genau zu, so entsteht der Konflikt innerhalb der Partei gerade in der Frage, ob die Regierung den Faschismus duldet, weil sie nicht anders kann, oder weil sie in ihm einen Sachwalter der Klasseninteressen des Bürgertums sieht. Die Linke der Partei begründet ihre Ablehnung der Unterstützung jedweder Regierung damit, daß sie sagt: wir stehen heute in einer Periode der Reaktion, in der die herrschende Klasse mit allen Mitteln, gesetzlichen und ungesetzlichen, die Krisisfolgen auf die Arbeiterklasse abzuwälzen sucht. ...

Kann der gegenwärtigen Regierung das Zeugnis verweigern, daß ihre Politik im ganzen geschickt und glücklich gemein ist, daß sie das deutsche Volk vor schweren Gefahren behütet und ihm manche Erleichterungen gebracht hat. (Sehr wahr! bei den Soz.) Daß wir uns an diesem Werk beteiligen dürften, während Sie (nach rechts) Ihre demagogischen Späße erlassen, (Zurufe links und rechts, Unruhe), das erfüllt uns mit tiefer Genugtuung. Wir haben das Wiesbadener Abkommen im Gegensatz zu den Herren Deutschenationalen begrüßt. Wir betrachten

das französisch-deutsche Problem als Zentralproblem der ganzen Welt.

(Sehr gut! bei den Soz.), und wenn es nicht in Ewigkeit so weitergehen soll, daß sich die Europäer in Intervallen von 30 bis 40 Jahren gegenseitig die Häute abschneiden, dann muß endlich einmal irgendwo der alte Streit zwischen Frankreich und Deutschland zu Ende gebracht werden. Und darum begrüßen wir jedes Abkommen, das zwischen Deutschland und Frankreich getroffen wird. Wir haben dieses Abkommen begrüßt, weil es Selbstleistungen durch Sachleistungen ersetzt, weil es begrüßt, weil es vor allem den Aufbau der zerstörten Gebiete vorzieht. Wir haben das Wiesbadener Abkommen begrüßt, weil wir in ihm den ersten Schritt sehen auf dem Wege, der über das Gutachten der Londoner Banken zum Gutachten des Morgan-Komitees geführt hat. Das Wiesbadener Abkommen hat darnach manche Veränderungen erfahren: durch das Bismarck-Abkommen, durch das Gilet-Abkommen, durch die Note der Reparationskommission vom 21. März. Wir halten nicht alle diese Veränderungen für erfolgreich. Wir nehmen die Verträge an, weil sie in der Richtung der von uns für richtig gehaltenen Politik liegen und wir nehmen sie auch unter dem Gesichtspunkte an, daß sie doch alle vorübergehende Erscheinungen

sind, stark dem Wandel der Zeit unterworfen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Das Londoner Finanzdiktat ist faktisch erledigt, und nach ihm kommt das Finanzdiktat von New York, das die Dinge ganz anders gestalten wird. Ich muß mich in diesem Zusammenhang noch einmal kurz an den Redner der Deutschenationalen wenden. Hat Herr Reichert, als er unsere einseitigen Kriegsgegner als „Feinde“ bezeichnet, etwa sagen wollen, daß derjenige, der von diesen Feinden Geld nimmt, Vandalenscrat begreift? Hat er sagen wollen,

daß ich gewisse Teile für ihre Schriften, mit denen sie Deutschland belächeln, belächeln lassen?

Dann möge er sich mit dem ehemaligen Kaiser, dem ehemaligen Kronprinzen und mit Herrn Erich Ludendorff auseinandersetzen. Weiß Herr Reichert, der gestern hier so lächelnd, so ironisch, so toll auf unsere Feinde sprach, weiß denn der Herr, was das ist: „ein Feind“? Hat er im Drahtverhauf gegen den Feind Kosten gefunden, wie wir anderen? (Zurufe o. d. Rechten: „Ja“.) Jawohl, das habe ich getan! (Zurufe rechts: „Bei der Gasse in Galtzien?“) Nein, am Nonno habe ich das getan! (Unruhe und Zurufe o. d. Soz.: „Unerschämtes Korps!“) Hat Herr Reichert jemals aus eigenem Erleben die unglücklichen Schicksale, das tiefe Grauen kennen gelernt, das sich bei aller männlichen Tapferkeit mit jenem Begriff verbindet und immer verbinden muß? Wir, die wir das erlebt haben, Millionen und Abermillionen,

wir wollen wie wieder Volk gegen Volk, Feind gegen Feind stehen!

(Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Unsere Feinde sind alle diejenigen, die den großen Gedanken der Völkerfreiheit und des Völkerfriedens mit läugerischen Phrasen, mit wüster Verheißung und mit Knütteln, Revolvern, Blankdrehen zu Leibe gehen. Wir haben den Geist des Boincaismus, wir haben den Geist des nationalen Börsen, und darum haben und bekämpfen wir auch den Geist, der gewisse Kreise hier erfüllt. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Was uns die nächsten Tage bringen werden, wissen wir nicht. Konflikte der inneren Politik kündigen sich an, die schwer lösbar erscheinen. Man spricht von einem Appell an das Volk. Das eine will ich Ihnen sagen: Kommt es zum Kampfe, der ausgefochten werden soll, nicht mit den brutalen Mitteln der Gewalt, sondern mit geistigen Waffen auf dem freien Felde der Demokratie, dann werden wir mit Brennen der Kampfeslust in diesen Kampf hineingehen. Das ganze denkende und arbeitende Deutschland wollen wir dann aufrufen gegen Sie, meine Vererber! Millionen und Abermillionen sind bereit, uns zu folgen, wenn der Ruf erklingt: Volk, wehr dich! (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Herr Gumminger (Bayr. Vpt.) betont die Einigkeit des ganzen deutschen Volkes mit der Regierung in der Beurteilung des Unrechts, das im Rheinland und im Saargebiet dem deutschen Volke und der deutschen Wirtschaft angetan ist. Wir werden für die Ratifizierung der Abkommen stimmen.

Herr Göttsche (Dem.): Der deutsche Nationalredner Dr. Reichert, der den Luftakt zu dieser Aussprache gab, hat die Würde wenig gewahrt. Nach dreißigjähriger vorwurfsfreier parlamentarischer Vergangenheit habe ich wohl das Recht, ein solches Auftreten eines jungen Parlamentariers zu verurteilen. Wir halten die Sachleistungenabkommen keineswegs für ideal, aber man muß anerkennen, daß sie einen Fortschritt bedeuten. Die Parteien der Erfüllungspolitik werden bald zugeben müssen, daß der Beweis für die Unmöglichkeit der Erfüllung der Ententeforderungen durch die an dem zuckenden Körper des deutschen Volkes vorgenommene Sektion erbracht worden ist: dann werden wir eine Einheitsfront haben, in der nicht die Herren Feigt und Helfferich die Führung haben werden.

Herr Kumpel (Ztr.) stimmt dem Sachleistungsabkommen zu, betont aber, daß damit das Reparationsproblem noch nicht gelöst sei.

Herr Dr. Breitfeld (USP.): Weder mit Gewalt noch durch Volksabstimmung kann heute das Rheinland von Deutschland losgerissen werden. Wir erheben schärfsten Einspruch gegen die Vergewaltigungen im Saargebiet. Dem Abkommen stimmen wir zu im Interesse einer Verständigung.

Herr Baur (D. Vpt.): Wir protestieren gegen die Behandlung des Reichstages beim Wiesbadener Abkommen. Im Rahmen des Unmöglichen führen die Abkommen nicht vorwärts, sie verlagern nur die Katastrophe um ein geringes. Deshalb lehnen wir die Verträge ab. Hierauf Vertagung.

Wie die Technische Nothilfe arbeitet.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten Siebel, Schmidt-Cöpenitz u. a. fragten im Reichstag an:

Im Auftrage des Vorstandes der Technischen Nothilfe beim Reichsministerium des Innern wurde ein Handbuch für den Dienstbetrieb der Technischen Nothilfe herausgegeben. Dieses umfangreiche Handbuch enthält 788 Seiten. Darin ist es ziemlich alle aufgenommen, was in den Akten des Vorstandes der Technischen Nothilfe enthalten ist und ist mittig weiter nichts als eine gedruckte Handakte. 50 Seiten dieses Handbuchs werden allein dazu verwendet, um die Urteile der öffentlichen Meinung über die Technische Nothilfe wiederzugeben. Auf die sonstige Papierverschwendung bei der gegenwärtigen Papiernot und bei den hohen Papierpreisen durch Abdruck aller möglichen Aktenmaterialien wollen wir nicht besonders hinweisen.

Wir stellen an die Reichsregierung folgende Fragen: 1. Welche sachlichen Gründe ist es überhaupt und ganz besonders bei der gegenwärtigen Papiernot und Leuerung erforderlich gewesen, ein Handbuch von einem derartigen Umfang herauszugeben und nebensächliche Dinge in aller Breite hierin zum Ausdruck zu bringen?

2. Wie hoch ist die Auflage und die Summe, die für die Herstellung dieses Handbuchs verausgabt wurde?

3. Was es geschieht, um in diesem Zusammenhang zum Wohle der Landwirtschaft nur die Adressen der Arbeitgeber

verbände angegeben werden und ausdrücklich dabei darauf hingewiesen wird, daß bei diesen Stellen die Technische Nothilfe eine treffliche Hilfe finden wird? Welche Maßnahmen gedenkt die Reichsregierung zu treffen, damit die Mittel des Reichs seitens des Vorstandes der Technischen Nothilfe nicht mehr in solcher Art und Weise verschwendet werden?

Wir begnügen uns mit einer schriftlichen Antwort.

Große Politik im Landtag.

Auf Antrag des Hauptausschusses wird zur Bekämpfung der Hungersnot in Russland

insbesondere zugunsten der Deutschen, dem Roten Kreuz die Summe von 5 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Der Kommunität Rat protestiert dagegen, daß im Ausschuß beschlossen worden sei, diesen Antrag ohne Debatte passieren zu lassen. Hierbei beschimpft er den Präsidenten Leinert und wird deshalb zur Ordnung gerufen.

Darauf wird die Beratung des Etats des Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten

mit der Aussprache über allgemeine politische Fragen fortgesetzt.

Ministerpräsident Braun:

Eine der größten und verhängnisvollsten Geschicklichkeiten ist zweifellos die Lüge von der Allein Schuld Deutschlands am Kriege. Die Staatsregierung wird bemüht sein, auf die Reichsregierung einzuwirken, daß alles verläßt wird, um die Schuldfrage zu erschüttern und schließlich vollends zu vernichten und wird auch ihrerseits bemüht sein, auf diesem Gebiet das ihr Erfolg versprechende zu tun. Was man dem Volke im Saargebiet als Volksvertretung eingeräumt hat, ist keine wahre Volksvertretung, durch die die saarländische Bevölkerung ihren Willen ausdrücken könnte. Daher war es erklärlich, daß die saarländische Bevölkerung sich vorerst weigerte, an den Wahlen dieser sogenannten Volksvertretung teilzunehmen. Nachdem sich nun aber die Saarländer an den Wahlen beteiligen wollen, hoffen wir, daß sie mit Energie dafür sorgen werden, daß in den Wahlen die Stimme der saarländischen Bevölkerung zum Ausdruck kommt. (Zustimmung.) Wir verfolgen mit warmer Anteilnahme den Kampf, den die Saarländer gegen die Bedrückung führen. Mit gleicher Anteilnahme verfolgen wir den Kampf, den im übrigen bestehen rheinische Gebiet unsere Bevölkerung gegen Bestrebungen führt, die darauf gerichtet sind, durch eine Art administrativen Druck und durch materielle unterstützte Verführung das Deutschstum zurückzudrängen und die Bevölkerung für gewisse Aufgebotsbestrebungen reif zu machen. In der gleichen norddeutschen Weise, wie jenezeit der zaristische Rußland im Balkan tollte, so rollt heute der Franzose in belagerte Rheingebiete (Sehr wahr!) mit demselben Ziel, die Bevölkerung zu forumpieren und für die Macht haben, die über den Franken gebietet, politisch willkürlich zu machen. Bei meiner kürzlichen Anwesenheit im Rheinland habe ich die Leberzeugung gewonnen, daß weder die Bedrückungen, noch die Verführungsversuche vermocht haben, die deutsch fühlende und deutsch denkende rheinische Bevölkerung irgendwie wankend zu machen. (Beifall.)

Zum Abschied von den deutschen Obersthofbeamten

Die Grenzschlebung von Deutschland losreißt, wiederholte ich nur, was ich am 10. November in meiner Regierungserklärung gesagt habe: Der Machtpruch des Siegers kann wohl geographische Gebiete zerreißen und neue Grenzsteine legen, die geistige und kulturelle Gemeinschaft eines Volkes aber kann er nicht zerreißen. (Lebhafte Zustimmung.) Diese Gemeinschaft mit den jetzt unter polnischer Herrschaft gelangten obersthofischen Landesleuten zu wahren und zu pflegen, wird unsere vornehmste Aufgabe sein. (Beifall.)

Den Obersthofbeamten, die jetzt wieder unter die deutsche und preussische Staatshoheit zurückkehren,

entbiete ich von dieser Stelle aus meinen herzlichsten Gruß mit dem ich aber die erste Mahnung verbinde, in den nächsten Wochen und darüber hinaus fast Blut zu bewahren! (Beifall.) Wir dürfen uns durch agitatorische und hegerische Reden eines Rosfantsy oder sonstiger polnischer Agitatoren nicht hinreißen lassen. Die Grundlagen zu einem erträglichen Verhältnis zwischen den neuen Grenzschleibern sind in den abgeschlossenen Verträgen geschaffen. Der schnelle Ersatz der Aufstandsschäden ist auch der preussischen Regierung sehr erwünscht. Soweit mir bekannt geworden ist, befindet sich ein entsprechendes Reichsgesetz in Vorbereitung. Eine vorläufige Hilfe ist bereits geleistet worden; die Regierung ist auch bereit, Vorschüsse zu leisten. Es kommt alles darauf an, daß das zerrißene und in den letzten Jahren schwer geplagte und gekrümmte Obersthofbeamten endlich zur völligen Ruhe kommt. (Beifall.) Selbstverständlich können die Obersthofbeamten innerhalb zwei Monaten nach Übergang der Staatshoheit auf Preußen darüber abstimmen, wie sie ihr staatliches Leben gestalten wollen. Ich hoffe aber, daß die Obersthofbeamten einsehen werden, daß das Bestreben, an der gefährdeten Grenze einen neuen Staat zu schaffen,

nicht nur zum Schaden Preußens, und des Reiches, sondern am nachhaltigsten zum Schaden Obersthofbeamten und seiner Wirtschaft wird. Berechtigte Wünsche der Obersthofbeamten sollen befriedigt werden, insbesondere auch durch das

Gesetz über die Provinzialautonome,

das demnächst dem Hause vorgelegt werden wird. Bisher ist es im wesentlichen gelungen, ein geschlossenes Auftreten der preussischen Stimmen im Reichsrat herbeizuführen. Neuerdings ist aber in einer politisch nicht ganz unwichtigen wirtschaftlich sogar sehr bedeutenden Frage ein

Einverständnis der preussischen Stimmen im Reichsrat

zutage getreten. (Lebhafte Zustimmung!) Darüber, daß man die selbständige Provinzialvertretung für den Reichsrat geschaffen hat, hat man den Eindruck Preußens im Reichsrat noch mehr geschwächt, als es ohnehin schon durch die Reichsverfassung geschwächt worden war. (Lebh. Sehr richtig!) Es kann jetzt dahin kommen, daß auch in wichtigen Fragen die preussischen Stimmen dadurch, daß sie sich aufheben, vollkommen ausgeschaltet werden. Das führt nicht zu einer Bereinigung des Reiches, sondern föhrt zu einer noch viel größeren Zerrissenheit und Unklarheit als bisher. (Zustimmung.)

Es ist bisher gelungen, die vier Koalitionsparteien, die nach ihrer Weltanschauung und ihrer politischen und wirtschaftlichen Einstellung ganz verschieden sind, doch zu einem geistigen Arbeiten zusammenzuführen. Das volle Selbstbestätigung aller Koalitionsparteien, insbesondere auf dem Gebiete der Personalpolitik besteht nun, unterliegt keinem Zweifel. Naturgemäß sind die linksstehenden Parteien heute weniger in der Verwaltung durch Beamte vertreten, als die der Rechten. Die Deutsche Volkspartei freut, was die Zahl der Beamten und auch die Zahl der Kandidaten anlangt, zweifellos besser da, als die mehr linksstehenden Parteien, die unter dem früheren System nicht nur von der Besetzung der Stellen, sondern auch von der Karriere ferngehalten wurden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ich habe oft den Eindruck, daß eine gewisse plötzliche Wankung in der Reihe sich gegriffen hat, daß

deutsch-nationale Beamte die politisch-ökonomische

um sich in ihrer Stellung zu halten oder in leitende Stellungen zu kommen. (Heiterkeit.) Das liegt nicht im Interesse der Deutschen Volkspartei und dient auch nicht der Koalition. Die Koalition ist keine Selbsterhaltungsgemeinschaft, sondern

lediglich eine Arbeitgemeinschaft.

Die aus dem Text des Reichstages hervorgehenden

Interessen der Arbeiterschaft vorzuziehen unter die Kräfte gekommen. Die Arbeiterkammer ist und bleibt von der Kriegsschuld der Kriegsherr und Kriegsverlängerer überzeugt.

Herr Dr. Schwering (Ztr.): Es ist erwiehen, daß Deutschland eine ausgesprochene Friedenspolitik getrieben hat. Redner gibt eine Erklärung seiner Fraktion ab, in der Stellung genommen wird gegen das uns aufgezwungene Bekenntnis der Allein Schuld, das das Fundament des Versailler Friedensvertrages bildet.

Herr Kippel (Straß.): Mit der Schaffung einer Einheitsfront in der Schuldfrage haben wir weder im Reichstag, noch hier Glück gehabt. Bei der Koalitionsregierung ist von einer Arbeitgemeinschaft keine Rede, dazu fehlt es an gemeinsamen Zielen und gemeinsamer Weltanschauung. Ein starkes, unversetztes Preußen ist der alleinige Hort für Ruhe und Ordnung und das alleinige Rückgrat des deutschen Volk.

Herr Dr. Preuß (Dem.): Das preussische Problem läßt sich nicht lösen, solange die fremde Besatzung im Rheinland steht, solange die Außengrenzen des Reiches bedroht sind.

Ministerpräsident Braun:

Es ist behauptet worden, kleine Anfragen sind von der Regierung erst sehr spät und ungenügend beantwortet, wenn sie aus Kreisen außerhalb der Koalition herrührten. Es werden in dieser Beziehung absolut keine Parteiunterschiede gemacht. Mit der nachträglichen Verleihung des Eisernen Kreuzes muß Schluß gemacht werden. Es muß da bei dem ergangenen Erlaß verbleiben. Wenn gesagt wurde, eine wahrhaft demokratisch orientierte Regierung dürfe nicht mit Beamten- und Angestellten-Organisationen verhandeln, so scheint es uns gerade dem demokratischen Gedanken zu entsprechen, wenn die Regierung bei der Vorbereitung der Gesetz mit den großen Organisationen in Fühlung tritt; was den landwirtschaftlichen und Hausbesitzerverbänden recht ist, ist den Beamten- und Arbeiterorganisationen billig. Ein Gegensatz zwischen meiner Mahnung an die Obersthofbeamten und dem Verhalten zu den Selbstschützvereinen besteht nicht. Kürzlich hat ein früherer Kommunist öffentlich erklärt, daß im Auftrage der kommunistischen Partei mit zwei der schärfsten Organisationen des Selbstschutzes verhandelt worden ist, um diesen Selbstschutz zum Kampfe gegen die Regierung zu veranlassen.

Herr Hellmann (Soz.): Wir bekämpfen die Schuldfrage, wenn behauptet wird, daß Deutschland den Krieg gewollt habe. Den Gegnern war die „Kriegsschuld“ nur Mittel zum Zweck. Poincaré hatte Kriegsziele, bevor etwas über Deutschlands Kriegsschuld verhandelt wurde. Zweifellos hat Eisner schwere Fehler begangen, aber er hat es in ehrlichem Glauben getan. Die Gegner werden dem Pöbel nachteilig wenig Wert beilegen. Die Revolution mußte kommen infolge der Tätigkeit eines unfähigen Monarchen. Wir wollen einen möglichst einmütigen Beschluß herbeiführen, wir beantragen deshalb, in dem deutsch-nationalen Antrage zu sagen, daß Deutschland den Krieg „nicht allein und absichtlich“ verschuldet habe. (Beifall links.)

Nach Ausführungen weiterer Redner wird die Weiterberatung auf Freitag vertagt.

Die Rechtspflege im Görtlicher Programm.

Bereits in seiner vollständigsten ausgezeichneten „Einführung in die Rechts-Wissenschaft“ stellt unser Genosse Radbruch dar, daß es zwei Auffassungen des Rechtslebens gibt. Die eine geht von der Einzelpersönlichkeit aus und betont daher scharf die Eigentumsfreiheit und Vertragsfreiheit, während das Gemeinwesen für sie nur dazu da ist, die Freiheit der Einzelpersönlichkeit zu schützen. Die andere Auffassung erklärt, daß alle Freiheit nur ein der Einzelpersönlichkeit von der Gemeinschaft anvertrautes Geschenk ist, und dementsprechend ist für sie nicht das Privatrecht, sondern das öffentliche Recht die Hauptsache. Von der letzten Auffassung geht das sozialdemokratische Rechtsprogramm aus und alle Einzelorderungen, die in Görtlich hierzu aufgestellt wurden, erklären sich aus dieser Grundauffassung. Mit großem Geschick versteht es Radbruch in einer soeben erschienenen Erläuterung*) diese sozialistische Grundauffassung auch bei allen Spezialforderungen durchscheinen zu lassen.

Es erübrigt sich, auf die Einzelheiten einzugehen. Nur auf eines sei hingewiesen, das bei der kommenden Strafprozessreform eine Rolle spielen kann. Wenn wir dazu kommen, die Strafkammer auch mit Latenrichtern zu besetzen, so wird es sich fragen, ob da nicht die Schwurgerichte überflüssig werden. „Das Schwurgericht hat für die Arbeiterkammer den Nimbus verloren, den es für das liberale und demokratische Bürgertum einst besaß, und die sozialistischen Parteien werden sich bei der Wahl zwischen schöffengerichtlicher und schwurgerichtlicher Ausgestaltung der Volksstrafgerichte zwischen vollem Zusammenwirken der Berufs- und der Latenrichter einerseits und andererseits Arbeitsteilung zwischen ihnen nach Schuld- und Strafrage, nicht durch Vorkaufsrechte gegen eine einst bedeutsame freirechtliche Errungenschaft, vielmehr nur durch prozessuale Zweckmäßigkeitserwägungen leiten lassen.“

Woju nach dem bedeutsamen Referat Radbruchs auf dem Görtlicher Parteitage und nach dieser Broschüre noch auf dem Augsburger Parteitage über die Frage der Justizreform gesprochen werden soll, ist unerkennbar. Die Delegierten zum Augsburger Parteitage sollten nur sachlich die Radbruchsche Broschüre lesen, das genügt vollständig. Im übrigen ist die Frage der Justizreform nicht mehr von Parteitagsreden, sondern von den politischen Kräfteverhältnissen abhängig. Unsere nächsten Ziele auf diesem Gebiet liegen längst klar. H. C.

*) „Rechtspflege im Görtlicher Programm.“ (Verlag Vorwärts, Preis 3 Mark.)

Unsere Bilanz.

Es wurden an der Berliner Waise gezahlt:

	22.6.	21.6.
100 amerikanischen Dollar	329,08 Mk.	324,84 Mk.
100 englische Pfund	1453,15	1456,20
100 französischen Franc	28,38	28,38
100 holländischen Gulden	124,84	124,84
1 Schweizer Franken	62,42	61,87
100 österreichische Kronen	2,08	2,08
100 italienische Lire	6,28	6,28
100 spanische Peseten	63,41	63,41
100 polnische Zloty		

Stichtag

am 30. Juni 1919:

Stichtag	Stichtag	Stichtag
1. Juli	1. Juli	1. Juli
1. August	1. August	1. August
1. September	1. September	1. September
1. Oktober	1. Oktober	1. Oktober
1. November	1. November	1. November
1. Dezember	1. Dezember	1. Dezember
1. Januar	1. Januar	1. Januar
1. Februar	1. Februar	1. Februar
1. März	1. März	1. März
1. April	1. April	1. April
1. Mai	1. Mai	1. Mai
1. Juni	1. Juni	1. Juni

Stadt-Theater.
Freitag 7 1/2 Uhr:
Carmen.
Sonntag 7 1/2 Uhr:
Der Gigasetzer.
Montag nachmittag 3 Uhr:
Cavalieri rusticana.
Dienstag: Der Beleg.
Donnerstag 7 1/2 Uhr:
Coal fan tulle.

Schauspielhaus.
Operettenszene. Tel. Ring 2548
Heute und täglich 7 1/2 Uhr:
Der Beller aus Bingsda.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Die Langgräfin.

Lieblich-Theater
Ab heute täglich 7 1/2 Uhr:
Die Frau im Dunkeln

Dominikaner!!
Täglich 8 Uhr Täglich
In beliebigen Martin-Sänger
Verzückte Herren - Quartett - Geselligkeit

Lieblich-Kabarett
Tanzpalast u. Weinrestaurant
Montag, den 26. Juni: **Rosenfest**
Ehrenabend für Karl Carstent. 2438

Warburg-Lichtspiele
Grübechenstraße 94a.
Von Freitag bis Montag. Nur 4 Tage!
Die große Filmopere
Der Spielmann
6 Akte 2448
mit Carola Töle, Pau: Hansen,
Uechl Hilde und Sascha Gessa
Verzücktes Ensemble! Entzückendes Spiel!
Überall ausverkaufte Häuser.
Dazu: **Nobody Nr. 25**
Professor Luziver
Sonntag, den 25., nachm. 3 Uhr:
Kindervorstellung
mit großem humoristischem Programm.

Palast Theater
Geschlossene Vorstellungen!
5, 7, 9 Uhr! 2441
Vorverkauf ab 4 1/2 Uhr
an der Theaterkasse!
Billetts nur zur gelösten
Vorstellung gültig!
2ter und Schlupfteil
Mabuse

MIK
Die beiden
Schlußteile des
besten amerik.
Episoden-Films
mit
Eddie Polo
der Lieblich aller Kinostars
5. und 6. Teil
12
episodische
Akte
Der geheimnisvolle Dolch

Sydoli
Sturmfart des Lebens
mit
Gunter Tolman u. Gertraud Wolke
Liebesroman in 5 langem Akte.
Der Kampf um das Weib
Große romantische Sensationsdramen in 5 Akten.
Das Kind der Diva 2439
Günther Schmal voll unterhaltlicher Lust. 2 Akte.

Rosengärten - Morgenu
Freitag und Sonntag:
Großer TANZ 2431
Hopl.

Rindfleisch
Best. leichtes fettes Rindfleisch 500
Rindfleisch (ohne Knochen) 500. 34.- 300.
Gussfleisch 500. 28.- 300.
Schnitzfleisch 500. 27.- 300.
Rindfleisch 500. 28.- 300.
Schnitzfleisch 500. 28.- 300.
Schwanzfleisch 500. 28.- 300.
G. Großkopf, Sparianenstr. 15.

Schauburg
Victoria-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr:
Heute zum
50.
Male: 487
Volks-
Vorstellung
Schnitzier's
Reigen
ZU
halben
Preisen!
Vorverkauf:
Theaterkasse Barasch
u. Kilian & Co.

SCHAUBURG In beiden Theatern **DK**
VICTORIA-THEATER
Nur eine Vorstellung: 5 Uhr! | 2 Vorstellungen: 6 u. 8 1/2 Uhr!
In beiden Theatern **Eintrittspreise 6 Mk. und höher**
18 Akte Nur Freitag bis Montag!
Eddie Polo der amerikanische **Harry Piel**
Der **geheimnisvolle Dolch**
Die ungeheure Zugkraft dieses unübertrefflichen Sensationsfilms veranlaßt uns, denselben zum **zweiten Male** in unseren Theatern zu zeigen, um allen, die diesen Film noch nicht gesehen haben, die Möglichkeit zur Besichtigung zu geben.
1. Episode: Die Beichte auf der Stirn eines Mädchens.
2. Episode: Nacht des Schreckens.
3. Episode: In den Krallen des Todes.
4. Episode: Auf der Spur des Dolches.
5. Episode: In den Händen der Viehräuber.
6. Episode: Der Sturz ins Verderben.
7. Episode: Die Lichter von Liverpool.
8. Episode: Raubgierige Feinde.
9. Episode: Im Zwischendeck.
Ich tötete Sir John Walton George Latimer
4., 5. und 6. Teil = 18 Akte
von Dienstag bis Donnerstag!
Vorverkauf! Ab 30. Juni: Nur in der Schauburg:
Hanneles Himmelfahrt : Gerhart Hauptmann
Dieser Film wurde seinerzeit mit dem größten Erfolg in der Staatsoper Berlin aufgeführt.

Beginn pünktlich 4 Uhr!
Jupiter Lichtspiele
Westendstraße 50/52
Dr. L. Kurzycki Tel. E. 9297
1. Ein Wunder der Elektro-Technik „Ernesto“
Lebensgefährliche Experimente mit Hoch- und Niederspannung von 50-60 000 Volt, u. a. die gefährlichste Vorführung
Keine Tricks!! „Die Todespromenade“ Keine Tricks!!
Vorführungen Wochentags 6 und 8 1/2 Uhr, Sonntags 5, 7 und 9 Uhr.
2. **Schamlose Frauen** 6 gewaltige Akte
nach dem italienischen Sittenroman
Eifersucht ist tödlich Gift!! 2441
3. **Das Sprungbrett des Todes** 6 Akten
Ein aufregendes Abenteuer eines „Sonderlings“ in
Das Riesens-Programm wegen: Beginn Wochentags 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr.
Vorverkauf: **Dr. Mabuse der Spieler** I. u. II. Teil gelangt in Kürze auch bei uns zur Vorführung.
Beginn pünktlich 4 Uhr!

OK Nur 4 Tage! 2 Schläger! 7 Szenen!
Der fesselnde Kriminal- und Detektivfilm:
Die Nacht der Einbrecher
mit Asta Eggst. Kama.
Ferner: 2439
Der Tiger von Siam
Entspannendes Abenteuer mit großer Spannung mit Charles Willy Karyer

Gute, billige Bücher.
Schuldig: Selbstredet, geb. 18.-
Wilder-Johann: 2439
Gebildeten merken sich die Eigenschaften dieses Buches, sowie von fünflichen Redaktionen entgegenzunehmen.
Die der Gesellschaften können aber jeder Beschäftigung schon in sehr geringen Mengen zu sehr geringen Kosten. Schenken, Zigaretten.

Zu kaufen bei
Gebrüder Schwertberg
mit Stoffen für Stoffe, Gewebe, Kleider, Theater, etc. (mit einem Stück) zu kaufen.
Lage: mit Postanweisung Nr. 344 an die Geschäftsstelle der Zeitung.

Hiedermus-
Täglich 6 Uhr
Sonntags 4 Uhr
Letzte Vorstellung 8 3/4 Uhr
Das Diadem der Zarin
Gottensbetrug auf dem Maskenball.
Ferner:
Aus dem Tagebuch einer Klassenfrau!
Das Mannweib
Erstaufführung für Breslau
Eine Tragik-Komödie in 4 Episoden
1. Episode: Das Mannweib als Revolutionärin in der Bohème
2. Episode: Das Mannweib als Frau im Ehestand
3. Episode: Das Mannweib als Frau
4. Episode: Das Mannweib als Frau
Erstklassige Stimmungsmusik
SINNERS & KARLSRUHE-GRÜNHILFEN

Ein Ereignis in Breslau
Schönheits-
Konkurrenz
Die 3 schönsten Damen erhalten als 1. Preis eine Erholungsreise ins Seebad.
Der spannende Inhalt im **Sittenbild**:
Piraten der Schönheit
Eine Uraufführung mondäner Eleganz und leichter Lebensauffassung. 2448
--- Ferner: ---
Das übermütige Vers-Lustspiel
Bräutigam auf Kredit
Herrliche Alt-Wiener-Aufnahmen. Trick-Bilder. Originale Musik. Der Lustspielschlager der Saison.

Einlaß 1/25 Uhr
Beginn 1/25 Uhr
Befi
Rekorderfolg eines Sittenromanes
Das Doppelleben einer Prostituierten
im Roman von Hedwig Hardt
Die im Schatten gehen.
Die Laufbahn eines Sittennädels.
Ein Blick ins Rettungshaus für gefallene Mädchen.
Ferner der Ufa-Schlager:
Die Nacht ohne Morgen
6 prächtige Akte mit
Hanni Weise, Grit Hegesa,
Hans Mierendorf,
Albert Steinrück.
Wolrichstraße 21.
Moltkestraße 10.

Liköre
Sinner
Backpulver
SINNERS & KARLSRUHE-GRÜNHILFEN
Bitte bei allen Einträgen stets die Seitennummern unserer Zeitung zu berücksichtigen.
Hierzu 1 Beilage.

Breslau (Land)-Neumarkt.

2. Reichsarbeiterporttag in Tschansch und Brodau.

Am Sonntag, den 18. Juni 1922, hatten sich die Arbeiter-Sport- und Gesangsvereine von Tschansch, Brodau und Sägemühl zusammengeschlossen, um auch hier den 2. Reichs-Arbeiter-Sporttag zu begehen. Um 7 Uhr vormittags veranfaltete der Arbeiter-Radfahrerverein Tschansch ein 10 Kilometerrennen auf der Chaussee zwischen Tschansch und Sägemühl. Start und Ziel an der Post in Klein-Tschansch. In netto 20 Minuten hatte das jüngste Mitglied des genannten Vereins (C. Linke) das Ziel erreicht und konnte den vom Verein gestifteten 1. Preis nach Hause bringen. Um 8 Uhr fand vor der Kellnerschen Fabrik ein 100 Meter Langsamfahren statt, bei welchem wiederum C. Linke bei einer Fahrtdauer von 4 1/2 Minuten den 1. Preis errang. Um 9 Uhr veranfaltete die Arbeiter-Sportvereine von Tschansch, Brodau und Sägemühl einen Geländelauf zwischen Tschansch und Brodau, bei welchem eine Mannschaft des Sportklub „Heros“ Brodau als Sieger hervorging.

Hatte schon in den Vormittagstunden der Wettergott ein nicht gerade freundliches Gesicht gemacht, so mußte man aber gegen 12 Uhr zu der Ueberzeugung kommen, daß Freund „Petrus“ der Arbeiter-Sportbewegung nicht sehr hold gesinnt ist. Wegen des ankündenden Regens mußte der für 2 Uhr angesetzte Umzug um 1 Stunde verschoben werden. Um 3 Uhr nachmittags formierten sich die genannten Vereine in Rottschischam zum Festumzug, an dem auch Vertreter der sozialdemokratischen Ortsgruppen teilnahmen. Der Zug bewegte sich mit Musik durch Tschansch nach Brodau. Die Darbietungen der einzelnen Vereine in den beiden Festorten zeigten, daß die Arbeiter-Sportbewegung in voller Blüte steht. Mehrere Chöre der Arbeiter-Gesangsvereine, verschiedene Reigen des Arbeiter-Radfahrervereins, sowie Schwere- und Leichtgewichtler der Arbeiter-Sportvereine ließen erkennen, daß jeder der Teilnehmer sein Bestes am Reichs-Arbeiter-Sporttag zeigen wollte. Da aber auch alle Teilnehmer Gelegenheit hatten, sich am Tanzen und anderen Belustigungen zu beteiligen, konnte der Tag als wohlgelungen bezeichnet werden. Allen uns noch fern stehenden Arbeitern von Tschansch, Brodau und Sägemühl aber rufen wir zu: „Steht in die Arbeiter-Sport- und Gesangsvereine, damit der III. Reichs-Arbeiter-Sporttag noch besser ausgebaut werden kann.“

Aus der Provinz Schlessien.

Die Deutschnationale Volkspartei und ihre Kampfweise.

Erbauliches aus Nimpsch.
Zu Ruß und Frommen manchen Mitläufers, vor allem aber als Mahnwort an alle diejenigen, welche aus politischer Verantwortlichkeit über die Welt zu gewerkschaftlichen Ehrabsehern und Verführern werden.

Die Deutschnationalen sind in der Hauptstadt die Partei der Agrarier (der früheren Konfessionen), stark durchsetzt mit allenhand politischen unreifen, unsicheren, ja auch sehr zweifelhaften Elementen, welchen das frühere Bauernleben noch stark in Markt und Knochen steht. Gerade diese letzte Sorte von Menschen, welche vor keiner Schamlosigkeit, ja selbst vor keinem Verbrechen zurückschrecken, welchen keine Handlungsweise niedrig genug ist, wird durch die verpestete Presse der Deutschnationalen systematisch vergiftet. Sie werden von einzelnen Fanatikern solange mit Geld bearbeitet, bis sie zum willenslosen Werkzeug herabstinken und vor feiner Tat, ja selbst vor Mord, nicht zurückschrecken.

Der Erbsenmord, sowie das Attentat auf Scheidemann sind letzten Endes nichts weiter, als die Früchte dieser vergifteten national-völkisch-reaktionären Presse und einzelner gewissenlosen Deutschnationalen und Deutschnationalisten.

Jeder halbwegs anständige Mensch empfindet tieffste Verachtung für derartige Verbrechen. Der Nimpscher „Landmann“ ist nicht so empfänglich. Er nimmt das Geld, woher es auch immerhin kommen mag, und degradiert sich zu der Tiefe, von der früher mal ein Minister sagte: „Die Presse ist eine teure Dornenrose und was für Geld stets zu haben!“ Was Wunder denn auch, wenn der „Landmann“ anlässlich des Scheidemann-Attentates von seiner moralischen Werte aus schreibt: „Aus einer Verpöschung Scheidemanns mit Reichswasser sei ein Blausäure-Attentat gemacht und Scheidemanns Schieferreien grenzen an Totschlag.“ Der „Landmann“, der ja schon des öfteren Proben seiner wahren Gesinnung (Geld trinkt nicht) abgelegt hat, stellt sich nicht nur mit dem Aufschau der Menschheit auf eine Stufe, sondern verherrlicht die Verbrecher und das Banditentum noch obendrein.

Als nach der Revolution auch in unserem Nimpscher Kreis — wo man vorher so hübsch „unter sich“ war — gleiches Recht für alle treten sollte und die Regierung es für angezeigt hielt, in den konservativen Kampfbereichen einen Hecht in Gestalt eines sozialdemokratischen Vandrats zu setzen, war die ganze konservative Meute — der sog. Demokrat Trippler, das Lieblichkind der Deutschnationalen einbezogen — schien aus dem Häuschen und schrieb und schreie von Vergewaltigung und schwarzer Rache allen denen, welche es wagten, gegen den konservativen Stachel zu lösen. Neben dem Herrn Landrat galten einigen dieser „Edlen“ noch besonders die Genossen Kirchner und Dreilich als Störenfriede. Dieses sollte gerochen werden: Bald wurde denn am 4. April Attake übergegangen, die zwei- oder dreimal sogar bis Berlin vorgetrieben wurde. Der Herr Landrat sollte sich unwürdig benommen haben und von verfeindeten und geschlechtsstranken Deutschnationalen gesprochen haben und von hundert anderen Dingen. Sochnippenähnliche Unterredungen wurden vorgenommen. Das die Regierung überhaupt erst Vernehmungen und Untersuchungen vornehmen würde, hatten die Herren in ihrem Kollkoll wohl weder erwartet, noch für nötig befunden. Früher sollen ja auch manchmal so ein paar abliche Namen unter so einer Beschwärde Wunder gewirkt haben. Ganze Serge von Schmuß und Unrat hatten diese Konkordaten mit ihrem Trabantenkriegel in ihrer Hut zusammengetragen. Alles Mögliche war erlogen worden und deshalb fiel denn auch schon nach ganz kurzer Zeit ein Berg nach dem andern des zusammengetragenen Schmutzes in sich zusammen. Der freiziehende Berg hatte diesmal nicht einmal ein Müsstern geboren! Statt Wahrheit wurde nichts als Dichtung festgehalten. Gauber ging der Herr Landrat aus dieser Subdesei hervor.

Damit Abwechslung in die Sache kam, ging's nun nach der andern Front. Genosse Kirchner, der sich durch Geld nicht beschämen ließ, Drohungen gemeinster Art aber auch keinen Erfolg hatten, wurde hier das Ziel der nächsten Angriffe. Der Hunger müßte tun, dachte in seiner politischen Kindlichkeit Hauptmann Gellner vom Wirtschaftsverband und proklamierte in Versammlungen und seiner Zeitung (wenn man das Wort Zeitung für so etwas anwenden darf) den Boykott gegen Genossen Kirchner. Hauptmann Gellner tat also das, was er so gern bei unseren gewählten Feinden als Verbrechen am deutschen Volke zu bezeichnen pflegt. Nur daß diesmal die Wirkung das Gegenteil dessen war, was sich Hauptmann Gellner in seiner politischen Naivität erträumt hatte; weshalb denn auch bald an anderer Stelle verjudet wurde, eine Breisje zu schlagen.

Der Kreisstabsabgeordnete Salzdamm entblödete sich nicht, gelegentlich einer Kreisstabsitzung dem Genossen Dreilich gegenüber ironische Vorhaltungen wegen einer Zeugnisaussage zu machen, um so den Anschein zu erwecken, als habe Genosse Dreilich es mit der Eidespflicht nicht genau genommen. Glatz wurde der so Vorgeschobene von Genossen Dreilich noch in derselben Sitzung abgefertigt, so daß er wie ein besagener Hund abziehen mußte. Diese Sorte Politiker hatte also auch hier wieder mal von sich auf andere geschossen, aber an das Sprichwort gedacht: Verleumdete lügen, etwas bleibt doch daran hängen!

Denn tatsächlich machte gelegentlich einer Verhandlung gegen Genossen Kirchner vor dem Amtsgericht in Nimpsch am 3. Mai 1921 der Geschäftsführer des Arbeiterverbandes, Major Heintze aus Groß-Wilkau, als Zeuge eine eideliche Aussage, welche klar mit der Wahrheit übereinstimmte, jedoch sich der Major Heintze auf die Vorhaltungen des Genossen Kirchner und der anderen Zeugnisaussagen bequemte, anzuerkennen, daß das Gegenteil seiner Aussage richtig war. Da auch dieser Angriff abgeschlagen war, trat ein Mann auf die Schanze, der selbst erklärte: Dem Geheiß füge er sich nicht, er weiche nur der Gewalt! Alles war denn auch besetzt und voll der besten Hoffnungen und dachte, der macht's! So wurde denn das hell des Bären bereits verteilt, ehe noch der Bär erlegt war.

Genosse Kirchner sollte sich als Amtsvorsteher unwürdig erweisen, auch gegen kriegswirtschaftliche Bestimmungen vergangen haben, außerdem noch dasselbe getan haben, wie Major Heintze. 23 Wächlein, gefüllt bis an den Rand mit den schmutzigsten Kloaken werden hinreichend, die Oeffentlichkeit und den Herrn Regierungspräsidenten, sowie auch die Staatsanwaltschaft durch die ausströmenden Wohlgerüche derart zu betäuben, daß niemand an der Schuld des Genossen Kirchner zweifelt. Eigentlich waren es 23 Unterschreiben, welche dem dreifachen Bombardement beim Herrn Regierungspräsidenten die nötige Wirkung verschaffen sollten. Die Hälfte der Unterschreiben von Angestellten und Domestiken des v. H., sowie direkt und indirekt von ihm abhängige. Zur anderen Hälfte (sage mir, mit wem du umgehst und ich will Dir sagen, wer und was du bist). Leute, denen man meist schon von weitem aus dem Wege geht! Der Eine mußte erst kürzlich zwangsstaunend Markt zählen, weil er dauernd die Kermis der Armen durch Abgabe von unrichtigen Medizin geißelt. Ein Gutsbesitzer, der seine Knechte zum Diebstahl ver-

2. Reichs-Arbeiter-Sport-Woche

6. Tag, 23. Juni

Abends 6 1/2 Uhr in der Dnie-Wüdnung:
Wasserball-Spiel u. Paddelreigen
des A.-S.-V. „Poseidon“

Abends 6 1/2 Uhr im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses, Margaretenstraße 17:

Simultan-Vorstellung
des Arbeiter-Schauspiels-Breslau.

Abends 6 Uhr in den Turnhallen Liegnitzer Straße, Brodauer Straße, Kreuzstraße und Reichstraße:

Hallen-sport und Gipfelturmen
der Freien Turnerschaft Breslau.

leitet und deshalb bestraft wurde. Einer, dem der Krieg nicht lange genug gedauert, denn er schickte die schwersten Pakete nach Hause und hat sich gesund gemacht. Einer, der während des ganzen Krieges unabhörmlich war, auch verschiedene Ehrenämter inne hatte und endlich, so lange der Krieg dauerte, zuerkannt war. Jetzt aber, da der Friede genau und der Krieg vorüber, um so gefährlicher ist. Ein Weiterer, der ganz Amtsvorsteher geworden wäre. Zwei von denen, die wohl predigen, daß sie nicht fällig Zeugnis reden wider deren Nächsten, aber selbst nicht danach handeln. Ein Arzt, der von Tag zu Tag mehr die verheerenden Wirkungen des Alkohols an seinem Leibe ausprobiert. Und beinahe hätte ich den Würdigen, den Dampfflugmeister Namens Modlinsky vergessen, der sich während des Krieges mehrfach gegen Anordnungen vergangen (sobald Genosse Kirchner als Amtsvorsteher wiederholt gegen ihn einschreiten mußte), der auch einmal 80 Zentner Getreide verschoben und seinen Arbeitskollegen 1000 Mark Arbeitslohn unterschlagen und für sich vermannt sowie auch seinen Kollegen beim Einkauf von Kartoffeln zuviel Geld abgenommen hatte.

Nachdem der reaktionäre Flügel die schwache Seite des Modlinsky erkannt hatte und wußte, daß Modlinsky für Geld sehr zugänglich und zu allem zu gebrauchen war, bedien die Herren Chefs den Mantel christlicher Nächstenliebe über die Verfehlungen und bezahlten die unterschlagenen Gelder. Der ist zu gebrauchen, der wieder machen, dachte die laubere Gesellschaft, ist er doch gleich von unserem Fleisch und unter deutschnationales Parteimitglied. Angeleitet durch die Silberlinge, stellte denn auch Modlinsky gegen Genossen Kirchner Strafantrag wegen angeblichen Meineids.

Die mit großem Pomp und viel Geld in die Wege geleitete Attake, unterstützt durch die Zeitungsubskriptionen genannt „Landmann“, wird's machen, prophezeite denn auch bereits das saubere Conditum, obwohl die Sache von vornherein aussichtslos war, und die Staatsanwaltschaft erst nach einer besonderen Bewerbe beim Oberstaatsanwalt die Voruntersuchung anordnete. Obwohl mit Geld und Autofahrten nicht gekostet worden war, ergab die Voruntersuchung, daß kein Anlaß vorlag, gegen Genossen Kirchner das Hauptverfahren einzuleiten; die Sache mußte also mangels Beweises eingestellt werden. Die in blinder Wut gestohrene Attake war genau so verpufft, wie die Bewerbe des v. Richthofen gegen Genossen Kirchner beim Herrn Regierungspräsidenten. Der Schmuß, welchen die 23 Wächlein nach Breslau vom Herrn Regierungspräsidenten führten, wurde als solcher erkannt und der Herr Regierungspräsident fand es ebenfalls nicht für angebracht, gegen Genossen Kirchner einzuschreiten. Die Wächlein rochen etwas allzutark nach Richthofen und Konforten. Ganz ohne Begründung sollte die Sache aber nicht vorüber gehen. Es wurde denn, da es ohne Schmuß bei dieser eblen Sorte Menschen nicht geht, getreu ihrer Gesinnung, schnell noch ein Hexenbrei zusammengedröhrt und durch Modlinsky persönlich nach Breslau der „Volkswacht“ zum Abdruck überliefert.

Eigentlich sollte der Volksstimmentitel auch im Nimpscher „Landmann“ abgedruckt werden, doch waren diesem die Trauer doch wohl zu teuer.

Daraufhin fertigte die Gesellschaft ein Eingekant an, welches derjelbe Modlinsky mit seinem Namen besetzen mußte und das dann auch im „Landmann“ Nr. 71 vom 20. Juni 1922, Aufnahme fand.

Diese Subdesei des Modlinsky wird für ihn noch Komplikationen zeitigen.

Siegeln, Selbsthilfe gegen den Wucher. Gegen den Wucher auf dem Wogenmarkt nahm am Freitag die Polizei in Gemeinschaft mit der Preisprüfungs-Kommission Stellung. Für Landbutter wurden in den Morgenstunden für das Pfund 70 Mark und darüber gefordert. Eier kosteten das Stück bis 4.40 Mark. Butter war in ausreichender Menge vorrätig. Die Beamten ließen durchwegs das Pfund Butter mit 60 Mark, die Eier mit 3.50 Mark verkaufen. Darüber gab es unter den Verkäufern große Entzürnung, und viele versuchten den Markt mit ihren Waren zu verlassen, wurden aber durch die Beamten festgehalten und zur Abgabe veranlaßt.

Sogarn. Beim letzten Gewitter klügte der Blitz in eine bei der Ferkung des Bauerngutsbesizers Lehfeld in Neumühlau liegende Linde. Der unter dem Baume liegende, eine Sense tragende 21-jährige Sohn des L. wurde vom elektrischen Strahl getroffen und getötet.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 23. Juni.

Sozialdemokratischer Verein.

Abteilung Streifen-Lex. Alle Elternbeitragskandidaten, Funktionäre und Jungblide aller Parteien treffen sich am Sonntag, den 24. Juni, nachmittags 4 Uhr, im Wahlbüro Schmidt, Hubenstraße 50. Zur Flugblätterverbreitung der Schulen 21, 75, 80, 83.

Abteilung Arbeiterjugend! Sonntagabend, den 24. Juni, abends 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses.

Abteilung Jungsozialisten! Morgen fällt die Zusammenkunft aus.

Arbeiterjugend-Heim 5: Sonntagabend, den 24. Juni, abends 6 1/2 Uhr, Treffpunkt am Westpark zur Sonnenwendfeier an der Ober. Alle Jungbliden müssen erscheinen. Eltern sind herzlich dazu eingeladen.

Mitglieder des Heims 5 treffen sich heute, nachm. 4 1/2 Uhr, im Heim zur Beteiligung der Flugblätter, betreffend Elternbeitragswahl.

Die Sonntag-Demonstrationen verboten!

Der Polizeipräsident teilt der Presse mit, daß er auf Grund des Allgemeinen Landrechts sowohl die Versammlung der Nationalisten in der Jahrhunderthalle, wie die sozialdemokratische Gegenkundgebung vor der Halle verboten hat. Die „Schlesische Zeitung“ war heute morgen ob des Verbots noch sprachlos. Uns will das Verbot nicht gefallen, aber da unsere Demonstration nur die sofortige Antwort auf die verbrecherische Töte sein sollte, die die Monarchisten in der Halle treiben wollten, entfällt für sie von selbst jeder Grund, wenn sich die verfassungsmäßige Autorität gegenüber den schwindeklüglichen Herden durchsetzt. Deshalb wollen wir mit dem Polizeipräsidenten nicht weiter rechten. Der Arbeiter-Sport rufen wir nur zu, auch weiterhin jederzeit bereit zu sein, gegen die Reaktion aufzutreten, sobald sie sich irgendwo hervormagt.

Der Parteivorstand teilt uns zu der Angelegenheit mit, daß er sich dem Verbot fügt, daß aber dafür in nächster Woche eine Kundgebung gegen den Brotwucher und die monarchistischen Treibererfolgen wird. Die näheren Bekanntmachungen erfolgen morgen.

Sonntag Vormittag gehen alle Genossen und Genossinnen zur Elternbeitragswahl; am Nachmittag wird nicht demonstriert.

Wahllokale für die Elternbeitragswahl!

Fordert umgehend die Bekanntgabe der Wahlzeit für den Sonntag durch den Schulleiter an die Eltern. Am besten ist eine Mitteilung in die Tageshefte der Kinder, die die Eltern zu unterrichten haben.

Kommunistische Gemeindepolitik.

Unser Leucht- und Kochgas muß vorläufig noch aus Kohlen erzeugt werden und diese kosten viel Geld. Und die schwere Arbeit in den Gaswerken kann auch niemand umsonst leisten, sie muß also auch im Gaspreis zum Ausdruck kommen. Von all diesen Dingen versteht der Redaktionsleiter der „Arbeiterzeitung“ natürlich rein gar nichts und deshalb auch seine kindliche „Kritik“ über den Verlauf der Stadtverwaltung vom Dienstag.

Dem ganz energischen Eingreifen der „Volkswacht“ ist es zu verdanken, wenn die Heizgasverbraucher am 15. Juni die Marke für 5.30 Mark statt für 6.80 Mark kaufen konnten. Der Preis war damit unter die normalen Gesteinskosten gedrückt, was nur dadurch möglich war, daß sich zur Zeit für die Nebenprodukte der Gaswerke, für Leer, Ammoniak usw. ganz enorme Preise erzielen lassen. Eine veränderte Konjunktur kann diese Möglichkeit der Preisentlastung leicht wieder beseitigen.

Rein normaler Mensch, und wäre er selbst anerkannter SPD-Führer und Spigel, kann von der Stadt verlangen, daß sie ihm mit dem Gas ein Geschenk macht. Nur die Arbeiter können einen Anspruch darauf, daß die Stadt ihnen nebenbei hilft. Das geschieht auch beim Gas durch das Wohlfahrtsamt.

Die Sozialdemokraten haben nun eine Staffellung des Gaspreises beantragt und der Magistrat hat zugesagt, der Frage näher zu treten. Unsere Partei geht dabei von der Ansicht aus, daß einmal die notwendige Entlastung der armen Gasverbraucher durch die wohlhabenden Leute gedeckt, zum anderen auch notwendige Ueberhülle der Werke aus dieser Staffellung erzielt werden können. Das alles bedarf natürlich der genauen Prüfung und Bearbeitung, die nur im Magistrat gescheit werden kann.

Und was sagt der Redaktionsleiter der „Arbeiterzeitung“ zu den ersten Bemühungen unserer Partei nach erträglichen Verhältnissen? Er sagt:

„So wird also vorläufig das Gas weiter 5,30 Mark kosten und von arm und reich gleich zu bezahlen sein. Auch ein „Erfolg“ der von der „Volkswacht“ so belohobene sozialdemokratische Gemeindepolitik.“

Man sieht, das Büchlein hat von den Dingen keinen blauen Dunst. Und dabei tut es so wichtig, als ob es mit den Ueberßen seiner Verbannung die ganze Stadt versorgen könnte.

160 Prozent höhere Fernspreckgebühren.

Die Fernspreckgebühren und sonstigen Beiträge werden, wie die Oberpostdirektion mitteilt, vom 1. Juli ab um 160 v. H. erhöht. Jeder Fernspreckteilnehmer ist berechtigt, seinen Anruf bis zum 25. Juni 1922 auf den 30. Juni 1922 zu kündigen.

Eröffnung der Kolonialausstellung.

Dem ersten schlesischen Kolonialtag der Vereinigung schlesischer Kolonialbeweiser am kommenden Sonntagabend geht eine Kolonialausstellung im Zoologischen Garten voraus. Am Montag nachmittags fand in Gegenwart geladener Gäste ihre feierliche Eröffnung statt.

Die Ausstellung zeigt vor allem gekischt zusammengestellte die hauptsächlichsten Ergebnisse der ehemaligen Schuagbetriebe, die von Botanischen Institut der Universität gestellt wurden. Eine bunte Sammlung überreicher Wertwürdigkeiten hatte der Verein ehemaliger Kolonialstruppen zusammengestellt. Schin- und Lederarbeiten, bunte Eierereien aus Sibirien, prächtige Gebörne und Leopardenfelle aus Südwestafrika, Schmiedearbeiten und Büffelgebörne aus Kamerun gaben der Ausstellung ein farbenfreudiges interessantes Gepräge.

Schulpflicht blinder und taubstummer Kinder.

Nach § 1 des Gesetzes vom 7. August 1911 unterliegen blinde Kinder, die das 6. Lebensjahr, sowie taubstumme Kinder, die das 7. Lebensjahr vollendet haben, sofern sie genügend entwickelt und bildungsfähig erweisen, der Schulpflicht, wenn in den Anträgen für blinde und taubstumme Kinder eingerichteten Unterricht zu belangen. Trotz dieser gesetzlichen Bestimmung kommt es sehr oft vor, daß blinde und taubstumme Kinder zur Feststellung der Schulpflicht erst im späteren Lebensalter oder oft auch gar nicht angemeldet werden. Da sich solche Fälle in letzter Zeit gehäuft haben, erludt die Schulinspektion, die vorhandenen taubstummen und blinden Kinder so zettig wie möglich zur Feststellung der Schulpflicht anzumelden.

von den Elternbeiträgen?

Ein sozialistischer Lehrer schreibt uns:

Am Sonntag, den 25. Juni finden an allen Breslauer Schulen die Elternbeitragswahlen statt. Die Wahlhandlung dauert in der Regel von 8-1 Uhr. Wahlberechtigt sind alle Eltern, Stief-, Adoptiv- und Pflegeeltern, und zwar Männer und Frauen. Besuchen die Kinder eines Elternpaares verschiedene Schulen, so sind die Eltern auch an den verschiedenen Schulsystemen wahlberechtigt. Die „Freie Elternvereinerung“ hat gemeinsam mit der S. V. D., der U. S. V. D. und der R. V. D. Wahlvorschläge mit dem Kennwort „Schulfortschritt“ eingereicht. Es ist nun Pflicht aller freiheitlich denkenden Eltern, diesem Wahlvorschlag ihre Stimme zu geben.

Die derzeitigen Rechte der Elternbeiträge sind gewiß recht gering, aber um so mehr muß von ihnen Gebrauch gemacht werden. In unseren Schulen herrscht im allgemeinen immer noch der Geist des alten Obrigkeitsstaates, durch den die Kinder zu gedankenlosen Untertanen herangezogen werden sollen. Wir aber wollen sie zu freien, selbständigen Staatsbürgern erziehen. Alle sozialistischen Eltern müssen daran denken, daß die Erhaltung des heutigen Volksstaates und die Verwirklichung des Sozialismus nur möglich sind, wenn ein Geschlecht herangezogen wird, das diese Ideen zu erfassen und zu würdigen vermag. Dieses Geschlecht zu schaffen, ist Aufgabe der Schule, darum müssen in unsere Elternbeiträge Männer und Frauen gewählt werden, die im Sinne des Volksstaates und des Sozialismus tätig sind.

Können sie bei den heutigen Machtverhältnissen der Klassen auch das sozialistische Schulideal nicht sofort verwirklichen helfen, so können sie doch manchen Schritt auf dem Wege dazu vorwärts tun und auf der anderen Seite allen rückschrittlichen Bewegungen ihren Widerstand entgegensehen. Insbesondere gilt es, einzutreten gegen die Bestrebungen reaktionärer und kirchlicher Kreise mit Hilfe der „christlich-unpolitischen“ Elternbeiträge, die Schule wieder zur alleinigen Lehrstätte ihrer Ideen zu machen. Noch hängen in vielen Schulen die Kaiser- und Schlachtenbilder, noch werden in den Lejebüchern die Schandtaten der Hohenzollern in Latein väterlicher Volksfürsorge umgelogen, noch enthalten unsere Schülerbibliotheken Unmengen von Büchern, in denen widerlicher Byzantinismus den Kindern eingepflanzt, in denen der Rassenmord verherrlicht wird und die Führer des Nordens als Helden verehrt werden. Hier mit eisernem Willen Wandel schaffen zu helfen und den wenigen sozialistischen Lehrern in ihrem Kampfe gegen die Schulreaktion eine starke Stütze zu sein, ist eine wichtige Aufgabe der Elternbeiträge.

Die Elternbeiträge müssen auch versuchen, ihre eigenen bestehenden Rechte zu erweitern. Kein vages Mithberatungs-, sondern volles Mithberatungsrecht in allen Schul- und Erziehungsfragen, insbesondere bei der Aufstellung der Lehr- und Stundenpläne, in allen Fragen der Schulgesundheitspflege, der Quaterpeilung, der Auswahl der Freischüler usw. Sie müssen Einsichtnahme an den Konferenzen des Lehrkörpers für sich fordern. Die Verwirklichung des Gebankens der Einheitschule, die Befämpfung der wie Pilze aus der Erde schießenden Privatschulzirkel, die Durchführung der Dezentralität des Unterrichts und der versorgungsartig festgelegten Unentgeltlichkeit aller Lehr- und Lernmittel sind andere erstrebenswerte Ziele.

Gerade in Breslau haben die Elternbeiträge auch zu kämpfen gegen die falsche Sparamkeit der Stadtverwaltung auf dem Gebiete des Schulwesens. 150 Volksschulklassen sind seit dem 1. Oktober 1921 eingezogen worden; die Zahl der Schüler in den einzelnen Klassen ist infolgedessen wieder auf annähernd 50 gestiegen. Das bedeutet eine gewaltige Herabsetzung der Leistungsfähigkeit der einzelnen Klassen zum Schaden des einzelnen Schülers und der ganzen Volksgemeinschaft. Die Klassenzimmer unserer Schulklassen werden nicht mehr täglich gereinigt; sie sind heute die Brutstätten der Tuberkulose. Das gesamte Ansehungsmaterial befindet sich in einem geradezu erbärmungswürdigen Zustande. Für den so wichtigen botanischen Unterricht werden keine Pflanzen mehr geliefert. Gegen diese ungeheuerlichen Rückschritte müssen sich alle Elternfreie einmütig erheben und die Elternbeiträge müssen in diesem Kampfe gegen den Niedergang unseres Schulwesens Führer sein.

Immer wird in anderen Schulen nach den Methoden der alten Volksschule gedrillt. Schlichtern nur sind die Verhalte, die an einzelnen Schulsystemen nach den Methoden der Arbeitsschule gemacht werden. Noch immer erteilt man in unseren Volksschulen wöchentlich 3-4 Stunden Religionsunterricht und erzieht die Kinder damit zur Freude aller Kapitalisten zu gottbegnadeter Dummheit. Darum gilt es für alle fortschrittlich denkenden Eltern, Elternbeiträge mit aller Kraft für die weltliche Schule einzutreten und die Schwanzenden zu bekämpfen, ihre Kinder vom Religionsunterricht abzusondern.

Das sind die Ziele, für deren Verwirklichung die Kandidaten des Wahlvorschlages „Schulfortschritt“ einzutreten werden. Wer es ernst meint, mit der Zukunft seiner Kinder, der muß darum am 25. Juni dieser Liste seine Stimme geben, der muß auch die Stimmigen und Unentschlossenen zur Wahlurne führen. Dann wird dieser Tag für die Breslauer Schulen auch der Sieg des sozialistischen Fortschritts über die christlich-kapitalistische Reaktion bringen.

500.000 Mark für die Breslauer Schachspielplätze.

Infolge der Beschlüsse, die wegen der Breslauer Schachspielplätze in voriger Woche in Berlin gefaßt wurden, wird die Breslauer Schachspielplätze, eine Summe von 500.000 Mark zum Behen der Breslauer Schachspielplätze (des Lohs- und des Theaterters) im kommenden Spieljahr zur Verfügung zu stellen.

Finanznot der Stadt und Gewerbesteuer.

Die gestrige Stadtvorordnetenversammlung sollte den Etat endgültig nach den Ausschüßberatungen erledigen. Der Gang der Verhandlungen erwies aber, daß dies unmöglich sei und es kam vielmehr nochmals zu einer Aussprache über den Etat, die mit aller Deutlichkeit die traurige Finanzlage der Stadt und ihre schweren und traurigen Folgen für Stadt und Bürgererschaft aufzeigte. Das Loos im Etat, die außerordentliche Schwierigkeit, für die dringenden Ausgaben Deckung zu schaffen, die infolge der Gebalterwertung fast zur Unmöglichkeit gewordene Kreditbeschaffung, die unzureichende Höhe des Reizes, all diese Dinge geben zu den ernstesten Bedrohungen für die nächste Zukunft Anlaß.

Die lange und heftige Aussprache setzte ein gelegentlich des Dringlichkeitsantrages des Magistrats, zu genehmigen, daß 1. die nach den Errechnungen des Lohnamtes vom 1. Juli sich ergebenden Lohnerhöhungen gestrichelt werden und 2. grundsätzlich zu beschließen, daß der hiernach für das Rechnungsjahr 1922 entfallende Nettobetrag von 17.663.000 Mk. sowie der weiterhin erforderliche Nettobetrag an persönlichen Ausgaben aller Art zur Deckung der Ausgaben bei den gewerblichen Unternehmungen der Stadt gedeckt werden, derart, daß alle Betriebsverwaltungen zunächst den eigenen Anteil der entstehenden Mehrausgaben durch entsprechende Erhöhung der Einnahmen aufbringen und daß die für die Kammerverwaltungen erforderlichen Mehraufschüsse durch

weitere Zuschläge auf Gas, Wasser und Elektrizität und auch durch weitere Erhöhung des Straßennahentarsifs gedeckt werden, 3. den Magistrat zu ermächtigen, während der Ferien die notwendig werdenden Gebühren-erhöhungen selbstständig festzusetzen.

Genosse Dars stimmte dem Antrag zu, dagegen sei die Zustimmung zu der Deckungsfrage unmöglich. Die Ausschüsse 2 und 8 mußten im Staatsauschuß beraten werden. Daraufhin ergriff der Oberbürgermeister Dr. Wagner das Wort zu folgenden Ausführungen:

Die Vorlage ist geboren aus der Tatsache, daß wir jetzt noch für Lohnerhöhungen etwa 6 Millionen zur Verfügung haben. Nach dem großen Defizit des Etats können Ausgaben ohne Deckung nicht mehr getaht werden. Der Magistrat würde das nicht mitmachen und würde es in diesem Falle auf einen Konflikt ankommen lassen.

In diesem Augenblick würde die Stadt den Arbeitern und Beamten nicht mehr zahlen. Die Folgen würden die treffen, die die Vorlage ablehnen. Es gibt keine andere Möglichkeit, die Mittel für die Erhöhungen aufzubringen, als durch eine erneute Steuer auf Gas, Wasser, Elektrizität und Straßennahentarsif.

Uns stehen andere Deckungsmöglichkeiten nicht mehr zur Verfügung, nachdem die Gewerbesteuer auf 600 Prozent festgelegt ist. Wer etwas anderes weiß, der soll es sagen! Vielleicht könnte man den Gesamtetat nochmals revidieren und die Erhöhungen vornehmen, die nötig sind, um die allein bis Jahresende erforderlichen 45 Millionen zu beschaffen. Die Gartenanlagen würden eingegeben, die Frequenz der Schulklassen würde noch auf eine ganz andere Höhe kommen, um die allerdings nicht mehr sehr zahlreichen Verzinsungsschuldzinsen zu zahlen. Die Annahme des Antrages würde bereits für Juni eine weitere Erhöhung der Gas-, Wasser- und Strompreise um 80 Prozent bedeuten. Ich weiß nicht, ob unter diesen Umständen die Haltung der Gewerbetreibenden zu billigen ist. Es wird beim Etat der direkten und indirekten Steuern noch einiges zu sagen sein über die Art und Weise in der man vorgegangen ist, um den vorgeschlagenen Protest nicht vorzunehmen. Der Terror, der jetzt nur anderen Vorkäufen vorgezogen wird, ist auf das höchste verurteilt. Ich sehe hier und spreche nach dem besten Willen und Gewissen. In dieser schweren Zeit können sich die Kommunen nur halten, wenn sich die ganze Bürgererschaft einmütig hinter ihre gewählten Vertreter stellt. Wenn die Bürger nicht mehr das Gemeinwesen als ihre eigene Sache ansehen und verlangen, bei einem Defizit des Etats von 150 Millionen, die Gewerbesteuer auf 300 Prozent herabzusetzen kann man nicht mehr die Hoffnung hegen, daß solche Beschlüsse hinfällig sind vom Hinblick auf das Gemeinwohl.

Zum Schluß bittet der Oberbürgermeister nochmals, die Vorlage zu bewilligen oder den Gesamtetat nochmals zurückerweitern, um weitere Erhöhungen vorzunehmen. Die Stadt kann ohne Deckung nicht mehr zahlen, die Folgen wären furchtbar und trügen in erster Reihe gerade die handelnd und gewerbetreibenden Schichten.

Stadtvorordener Hauke (Dem.) verzweift, allerdings in milderer Form, ebenfalls den Streit der Gewerbetreibenden, glaubt aber, daß der Magistrat durch das Defizit von 117 Millionen doch schon den Weg der bedingungslosen Ausgaben betreten habe, daß die neuen 45 Millionen dabei nur ein Plus oder Minus bedeuten. Eine Gewerbesteuer von 600 Prozent hält er für die Höchstgrenze.

Stadtrat Dr. Fuhs ergänzte die Ausführungen des Oberbürgermeisters zahlenmäßig. Es sind an Mehrausgaben für Erhöhung von Gehältern und Gehältern rund 65 Millionen zu erwarten, wovon vielleicht 30 Millionen das Reich tragen wird. Es bleiben 35 Millionen, 10 Millionen davon entfallen auf die Betriebe, für die restlichen 25 Millionen sollte man doch die Deckungsbeschaffung durch die Erhöhung der Gewerbesteuer erwirken. Man könne nicht einsehen, wie es Dr. Hauke sage, wenn wirtschaftlicher und sagen: Wir werden ja leben. Das sei die Politik von Bankrottisten. Die einzige Frage ist, ob wir die Gewerbesteuer mehr heranziehen oder alles auf die Schultern umlegen.

Stadtvorordener Thum (Dem.) hielt in dem Antrag des Magistrats nur einen Stimmbruch gegen den Gesamtetat an, der Erhöhung der Gewerbesteuer. Daraufhin ergriff der Oberbürgermeister Dr. Wagner nochmals das Wort: Der Gesamtetat: „Gebalterwertung - Mehraufschlag der Gemeinden“ müßte sich ohne Schuld der Bürger und des Magistrats mangels Kraft unter dem Druck der Entente und der Kapitalverflechtung. Er ist keine Parzellierung mehr, wie alle liegen im Straßengraben und müssen in Einklang gebracht, herausgenommen. Wäre das alles Krafte der Bürgererschaft, dann würden die langwierigen Angriffe gegen die verantwortlichen Leiter des öffentlichen Gemeinwesens ein Ende haben.

Heute steht die Frage so: Werden wir den Kredit haben, das Defizit durchzubringen oder nicht? Ich muß es zurückweisen, wenn Herr Thum sagt, diese Vorlage sei ein Stimmbruch gegen die Beschaffung der Gewerbesteuer. Wir haben diese Vorlage gerade deshalb eingebracht, weil wir den Weg der Gewerbesteuer durch den nächsten Schritt weiterzuführen wollten. Wir sind bereit, die jetzigen Gewerbetreibenden bis zu einem Einkommen von 10.000 Mark freizustellen. Es heißt nur die Wahl, ob die Stadtverordneten durch Nichtbewilligung der Vorlage die Verantwortung auf sich nehmen wollen, den Magistrat zu zwingen, keinen Bescheid und Anordnungen zu erlassen, die die Bürger nicht mehr zahlen zu können. Es sei keine andere Möglichkeit. Die Straße ist jetzt nicht mehr, aber der Kampf, der gestern geführt wurde, ist nicht gegen uns und diese Verammlung. Deshalb ist ein

ein klares Wort am Platze,

wenn man Terror ausüben möchte, der Tatsache, daß das Gemeinwesen vor dem Zusammenbruch steht. Ich möchte es aufs klarste, daß man die Leute einsehen darf die Straßen spekulieren schicki, in einer Zeit, wo jeder arbeiten muß. Es sind Dinge vorzunehmen, die für notwendig gehalten sind. Bei Beschlüssen auf

schlechte Beispiele hinweisen.

Das Verderben der Finanzverwaltung der Stadt bedingt auch das Verderben der Gewerbetreibenden. Mit dem Krematoriumbau sollte man nicht immer freiben gehen. Das Geld für das Krematorium wird nicht den laufenden Einnahmen genommen. Es kann nur werden, wenn eine Unterlage dafür erhältlich ist und das sehr fraglich.

Stadtr. Dr. Sande meint, wenn man als Hilfs-Einkauf für 100.000 Mark 200.000 Mark annähme, wäre schließlich die Deckung für die Vorlage schon vorhanden.

Stadtvorordener Dars betont im Schlußwort, daß nicht so sehr auf die Gewerbesteuer als darauf ankomme, drei und vierzig Punkte des Steueretats normal durchzuführen, um nach Mitteln zu suchen, die unerwartet Gaspreiserhöhung zu vermeiden. Er sei mit für die Herabsetzung der Gewerbesteuer eingetreten, und würde sie nur ungern ein Gerade deshalb müßte man sich auch die anderen Steuern normal genau ansehen.

Die Verammlung beschloß gemäß dem Antrage des Stadtrats, die Lohnerhöhungen nach den Ziffern des Lohnamtes zu bewilligen, den Rest der Vorlage auf Ausschüß VII zu verweisen.

Nach kürzerer Debatte wurde die steuerfreie Grenze für gewerbetreibende auf 10.000 Mark festgelegt und mit sozialistischer Mehrheit gegen die Stimmen der Bürgerlichen der direkten und indirekten Steuern an den Ausschüß VIII verwiesen.

Beim Etat der Volksschulen brachte Genosse Schmidt große Reihe von Wünschen vor. Genehmigt wurden ferner: Ein Beschluß über die Ausübung von Wasserkräften, Janowich und Koppen zur Erzeugung elektrischer Arbeit, die Erteilung eines Vorläufkredit von 30 Millionen Mark für die Gaswerke. Vergleich mit dem Eigentümer des Grundbesitzes Ohlauer und Tschelstraße (mit der von den Ausschüssen 2 und 8 empfohlenen Maßgabe, auf das Recht, den Abbruch und Bau zu verlangen, nur bis zum 1. Oktober 1937, statt 1944 anzusetzen), Aufstellung eines Studienlosets in der Dienstwohnung des Garteninspektors, Verwendung des Erlöses für Altpapierübernahme der Kosten für die Wahl der Vertrauensmänner Angehörigerversicherung. Dem Verkauf einer 1800 Quadratmeter großen Fläche in Büchelwitz an die Schließische Dampfkompanie wurde zugestimmt.

Schluß der öffentlichen Sitzung gegen 8¼ Uhr. Es folgte kurze geheime Sitzung.

Reichsarbeiter-Sportwoche.

Oberkassette. - Ruderveranstaltung. Ein großer Tag für den Arbeiterwassersport! Schon vor der festgesetzten Zeit waren die Oeruser von der Kaiserbrücke bis zur Sandbrücke dicht umfüllt von tausenden erwartungsvollen Zuschauern; besonders die Brücken und das Ziel an der Sandbrücke waren bevorzugte Beobachtungspunkte. Mühselig um 7 Uhr Uhr von der Landung an der Ohlemündung 5 mit Schwimmbrügge besetzte Boote, um diese an die mit Meterzählern besetzten Startplätze zu bringen. Die 1200 Meter lange Strecke wurde in 6 Abschnitte zu je 200 Meter geteilt. 10 Mannschaften bestanden aus je 1 Dame, 1 Jugendbuben, 1 alten Herrn und 3 Frauen (Schwimmern (insgesamt 60 Schwimmer) kämpften um den ersten Mannschaftswort durch gleichzeitige Rappen getrennt. Bis zum 400-Meter-Mark lag die gelbe Mannschaft vorn, nach Abholung kam Rot in Front und behielt die Führung, um oft stark bedrängt. Durchs Ziel gingen die Mannschaften in folgender Reihenfolge:

1. Rot (Endmann: Reinectius jun.) in 15,80 Min.
2. Gelb (Endmann: Worschel) in 16,7 Min.
3. Grau (Endmann: Schwob) in 18,16 Min.
4. Orange (Endmann: Grund jun.) in 18,55 Min.
5. Weiß mit roten Streifen (Endmann: Anforje) 17,9 Minuten.

Die anderen fünf Mannschaften folgten in kurzen Abständen. Wenn die Veranstaltung, die ein schönes sportliches Bild dem Schwimmsport neue Anhänger zugeführt hat, so ist ihr Zweck erfüllt. Der Schwimmverein „Verein“ nimmt nur organisierte Arbeiter, Angestellte und Beamte, wozu deren Kinder in der Reihen auf. Im neugegründeten Volksbad an der Natongasse, dem Bade der Breslauer Arbeiter, wird er in Kürze mit der Erteilung von Schwimmunterricht in großem Maßstab beginnen. Jeder sollte den Bau fördern helfen durch Beitritt zum Verein oder durch Spenden. Der gesunde Schwimmsport ist Allgemeinut aller Volksgenossen werden. - An die Startschloß sich eine Zufahrt der Freien Rudervereinerung E. B. Siebzehn Fahrzeuge in den blauebenen Farben führten bis zur Haltehöhe, wendeten und zogen in Kielinie wieder zur Kaiserbrücke. Die Arbeiter-Ruderverein zeigen damit, daß ihre Sportart in aufsteigender Entwicklung begriffen ist, in dem gerade ihnen bedeutende finanzielle Schwierigkeiten entgegenstehen.

Der Arbeiter-Radfahrerverein hatte gestern seinen großen Tag. Seine gefestigten Veranstaltungen wickelten sich dem Programm der Reichsarbeiter-Sportwoche entsprechend ab.

Um 6 Uhr abends stellten sich am Gräblicher Friedhof 28 Fahrer dem Starter, Sportgenossen Paff, um das 10-Kilometer-Stadionrennen zu bestreiten. Die Rennstrecke ging über Oppertau, Groß-Kogelern nach dem Ziel Striegauer Haus. Die Fahrer wurden Klassenweise gestartet und waren in folgende Reihenfolge: Jugendklasse: 1. Vogel, 2. Betzel, 3. B. gander, 4. Klasse: 1. Hellmann, 2. Reigber, 3. Glatte, 4. Klasse: 1. Schwalla, 2. Schide, 3. Reigber, Altersklasse: 1. Paff, 2. B. Heiber. Die beste Zeit erzielte Sportgenosse Hellmann, wurde mit einem Kranz mit Schleife dekoriert. Eine große Sportbegeisterte Zuschauer beglückwünschte die Fahrer. Nach dem Rennen wurde dem Treffpunkt der Propagandafahrer gekämpft waren, legte sich von der Bunkelauer Straße ein Zug von ein 200 Sportgenossen und -genossen in Bewegung, um unser noch fernstehenden Klassengenossen zu zeigen, zu wach einer großen Stärke die Arbeiter-Sportbewegung angewachsen ist, die dieselben endlich erkennen, wo sie hingehören.

Beitrittserklärungen nimmt jederzeit entgegen die Geschäftsstelle des Vereins, Fabrikhaus „Frisch auf“, Nikolajstr. 42.

Um alle Schachspieler!

Die zweite Veranstaltung des Arbeiter-Schachvereins Breslau aus Anlaß der Reichsarbeiter-Sportwoche findet heute abend um 8¼ Uhr im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses, Margaretenstraße 17, statt.

Der Bezirks-Schachmeister Babel des Berliner Bezirkes der Deutschen Arbeiter-Schachbundes wird gegen mindestens zwanzig Spieler kampflos spielen, wozu alle Freunde des Schachspiels freundschaftlich eingeladen sind.

Wer hat an dem Spiel, das für jedermann frei ist, teilzunehmen will, bitten wir, seinen Namen am Saaleingang abzugeben.

Arbeiterturner und Sportler!

Am kommenden Sonntag wolle die Reichsaktion gegen die Republik demonstrieren. Die Bevölkerung ist insbesondere in Breslau durch diese Demonstrationen verunsichert. Demnach hat gestern Abend die Reichsaktion des Sportturners, Schachspielers: Das ein Mitglied der Sportturner am Sonntag in Sandberg sportliches Spiel mit allen Sportturnern, wird abgehalten. Dies soll ein Beweis gegen die Reaktion. J. U. Akt. Bsp.

• Künftiger Wettbewerb. Die Wettbewerbe hat sich vollständig gelöst, bei nachträglicher Klärung ist am Freitag frühzeitig mit dem Reichsarbeiter-Sportwoche zu rechnen, bei demnach die

Die „Königliche“ Eisenbahndirektion.

Es ist schon ärgerlich, wenn man sich für eine eigene Unter-

Wiederholt sich ausgebaut ist noch

Wiederholt sich ausgebaut ist noch

Wiederholt sich ausgebaut ist noch

Wiederholt sich ausgebaut ist noch

Wiederholt sich ausgebaut ist noch

Wiederholt sich ausgebaut ist noch

Wiederholt sich ausgebaut ist noch

Wiederholt sich ausgebaut ist noch

Wiederholt sich ausgebaut ist noch

Wiederholt sich ausgebaut ist noch

Kommunistische Phrasendrescher.

Die „Schlesische Arbeiterzeitung“, das Organ der Kommu-

Wiederholt sich ausgebaut ist noch

umbrechen in ihrem Konfusionismus, der schon so weit geht, daß

Wiederholt sich ausgebaut ist noch

Wiederholt sich ausgebaut ist noch

Wiederholt sich ausgebaut ist noch

Wiederholt sich ausgebaut ist noch

Wiederholt sich ausgebaut ist noch

Wiederholt sich ausgebaut ist noch

Wiederholt sich ausgebaut ist noch

Wiederholt sich ausgebaut ist noch

Wiederholt sich ausgebaut ist noch

Wiederholt sich ausgebaut ist noch

Wiederholt sich ausgebaut ist noch

Wiederholt sich ausgebaut ist noch

Wiederholt sich ausgebaut ist noch

Wiederholt sich ausgebaut ist noch

Wiederholt sich ausgebaut ist noch

Wiederholt sich ausgebaut ist noch

Wiederholt sich ausgebaut ist noch

heller Freude und konnten sich nicht satt sehen an dem adre-

Wiederholt sich ausgebaut ist noch

Wiederholt sich ausgebaut ist noch

Wiederholt sich ausgebaut ist noch

Wiederholt sich ausgebaut ist noch

Wiederholt sich ausgebaut ist noch

Wiederholt sich ausgebaut ist noch

Wiederholt sich ausgebaut ist noch

Wiederholt sich ausgebaut ist noch

Wiederholt sich ausgebaut ist noch

Wiederholt sich ausgebaut ist noch

Wiederholt sich ausgebaut ist noch

Wiederholt sich ausgebaut ist noch

Wiederholt sich ausgebaut ist noch

Wiederholt sich ausgebaut ist noch

Wiederholt sich ausgebaut ist noch

Wiederholt sich ausgebaut ist noch

Wiederholt sich ausgebaut ist noch

Unterstützung der Textilarbeiter.

Die Bezirksleitung Breslau des Deutschen Textilarbeiter-

Von der Universität.

In ähnlicher Weise wie im Sommer-Semester 1921 werden

Kürse zur Englandkunde

eingelichtet. Sie dauern vom 3. bis zum 14. Juli und finden täg-

Küderstattung der Wohnungsbaugabe.

Der Magistrat teilt mit: Nach § 10 des Gesetzes über die Erhebung einer Abgabe zur

Wiederholt sich ausgebaut ist noch

Wiederholt sich ausgebaut ist noch

Wiederholt sich ausgebaut ist noch

Wiederholt sich ausgebaut ist noch

Wiederholt sich ausgebaut ist noch

Wiederholt sich ausgebaut ist noch

Wiederholt sich ausgebaut ist noch

Wiederholt sich ausgebaut ist noch

Wiederholt sich ausgebaut ist noch

Wiederholt sich ausgebaut ist noch

Wiederholt sich ausgebaut ist noch

Wiederholt sich ausgebaut ist noch

Wiederholt sich ausgebaut ist noch

Bereinstalender.

Deutscher Bauarbeiter-Verband. Sektion der Beton- und

Wiederholt sich ausgebaut ist noch

